



Industrie- und Handelskammern
in Bayern

INFORMATIONEN

FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN

Ihr Ansprechpartner

Florian Reil

Mail

florian.reil@muenchen.ihk.de

Telefon

089 5116-2012

Datum

15.05.2020

Bayerische Wirtschaft setzt auf Impulse für Neustart

Gößl: „Unternehmen brauchen Anschub und keine Belastungen“ / Studie setzt richtige Akzente

München – Die Studie des Münchner ifo-Instituts im Auftrag des bayerischen Wirtschaftsministeriums setzt aus Sicht der Wirtschaft im Freistaat richtige Akzente für einen Neustart in der Coronakrise. „Die Unternehmen brauchen jetzt einen Anschub, damit sie investieren können, und müssen sich in nächster Zeit voll und ganz auf ihr operatives Geschäft konzentrieren können. Sie dürfen nicht durch neue, bürokratische Belastungen zusätzlich gefährdet werden“, erklärt Manfred Gößl, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags (BIHK). Die Vorschläge des ifo-Instituts seien ein richtiger Ansatz und stimmten mit dem Neustart-Paket des BIHK überwiegend überein.

Die bayerischen IHKs setzen sich für branchen-übergreifende Stimuli ein. „Unser Konjunkturpaket ist ein Anschubpaket. Jede Branche ist von Corona getroffen. Die einen mehr, die anderen weniger“, betont Gößl.

Neben weiteren Perspektiven auf Öffnung für noch immer geschlossene Betriebe plädiert der BIHK, alle Unternehmen von Vorschriften zu entlasten und ihnen mit weniger Bürokratie beim Neustart zu helfen. „Die Unternehmerinnen und Unternehmer sagen: Auf der einen Seite wollt ihr uns den Rucksack erleichtern, auf der anderen Seite stopft ihr uns Gewicht hinein“, kritisiert Gößl.

Die Bayerische Wirtschaft begrüßt die Äußerungen von Wirtschaftsminister Aiwanger, bei der Unternehmenssteuer anzusetzen. „Die Steuerbelastung muss auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von nicht mehr als 25 Prozent abgesenkt werden“, fordert der BIHK-Chef. Vor allem müsse die Verlustverrechnung gesetzlich verbessert werden, die von überragender Bedeutung sei. „Die von Bundesfinanzminister Scholz im ersten Anlauf auf den Weg gebrachte Ausweitung bis zu einer Summe von 150 000 Euro ist aber viel zu kurz gesprungen.“, stellte Gößl abschließend fest.